

# Trauriges Wahlkampfchauspiel im Landtag NRW

## Anliegerbeiträge zu Straßenbaukosten wurden NICHT angeschafft!

In einer Pressekonferenz hatte die Regierungskoalition aus CDU und FDP im Landtag verkündet, die Anliegerbeiträge an Straßenbaubeiträge abzuschaffen zu wollen. Der Wegfall der Straßenbaubeiträge solle die Bürgerschaft finanziell entlasten, die Kommunen von unnötiger Bürokratie befreien und Klagen von Anliegern vor den Gerichten unnötig machen. Die Abschaffung der Straßenbaubeiträge solle in zwei Schritten erfolgen. Zunächst soll die derzeitige Förderung von 50% kurzfristig auf 100% angehoben werden, was auch für bereits gestellte Förderanträge gelten soll. Wie viele Millionen denn für die 100% Förderung bereit gestellt werden, bleibt offen. Es ist auch unklar, ob die Förderung auf 100% zukünftig

auch für den Erstausbau oder nur für Folgeausbauten gelten soll. Es bleibt bei dem extrem aufwändigen Verfahren, welches viele Kommunen in NRW von der Antragstellung abgehalten hat. Im 2. Schritt, Mitte des Jahres 2022, also nach der Landtagswahl vom 15. Mai 2022, soll die vollständige Abschaffung der Straßenbaubeiträge gesetzlich geregelt werden. Ob sich die neue NRW Landesregierung an das halten wird, was die vorherige Landesregierung beschlossen hat, ist ungewiss.

Die ABB, die sich seinerzeit als einzige Bornheimer Partei aktiv an der Volksinitiative des Bundes der Steuerzahler in NRW zur Abschaffung der Anliegerbeiträge beteiligt hat, war erfreut über die-

se Ankündigung. (\*) Es hat sich eben doch gelohnt einen langen Atem zu haben und immer wieder hartnäckig an die politisch Verantwortlichen im Landtag heranzutreten. Die Stadt Bornheim hat leider bis heute keinen Antrag auf Förderungen gestellt, obwohl in Bornheim mehrere Bebauungspläne in der Planung sind.

Das ein solcher Schritt von der CDU/FDP Landesregierung jetzt angekündigt wurde, ist unter anderem wohl auch der Tatsache zu verdanken, dass die Umfrageergebnisse zur Landtagswahl in NRW aktuell keine Mehrheit für CDU und FDP voraus sagen. (\*) Inzwischen fordern alle Bornheimer Parteien die Abschaffung der Straßenbaubeiträge. An der Unterschriftenkampagne im Jahr

2019, die die Anhörung zum Thema im NRW-Landtag erzwungen hat, haben die Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP und UWG jedoch nicht teilgenommen. Das Ziel der Volksinitiative war es mit einer NRW weiten Unterschriftensammlung den Landtag in NRW zu verpflichten, sich mit dem Thema zu beschäftigen und die Anliegerbeiträge an Straßenbaukosten komplett abzuschaffen. Diese Kampagne war erfolgreich!

Wir warnen vor dem Glauben, dass die Abschaffung nun definitiv kommen wird. Es ist schon öfters vorgekommen dass Parteien nach der Wahl anders handeln als sie vor der Wahl versprochen haben. Was bisher beschlossen wurde ist nur ein 1. Zwischenschritt der viele Fragen offen lässt.

Was die ABB angeht, wir bleiben am Ball und wir geben solange keine Ruhe bis die Anliegerbeiträge an Straßenbaukosten vollständig abgeschafft sind.

Der in der Anlage (\*) verlinkte Antrag von CDU und FDP wurde im Landtag in namentlicher Abstimmung bei 174 anwesenden Landtagsabgeordneten mit 102 Ja, 91 Nein und 11 Enthaltungen angenommen. Ein SPD-Antrag lautete: *Das Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) § 8 wird wie folgt geändert. 1. Abs. 1 wird wie folgt gefasst:*

a) *Satz 2 wird wie folgt gefasst: „Für den Umbau und Ausbau von dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen werden keine Beiträge erhoben.“*

b) *Es wird folgender Satz 3 eingefügt: „Den hierfür erforderlichen Kostenausgleich zwischen Land und Kommunen regelt ein Gesetz.“*

c) *Es wird folgender Satz 4 eingefügt: „Für die erstmalige Herstellung von dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen, die keine Erschließungsanlagen nach §*

*127 Baugesetzbuch (BauGB) sind, sollen die Kommunen Beiträge erheben.“*

Man beachte hier den Absatz c) in Bezug auf die **erstmalige Herstellung**. In Bornheim sind mehrere Sanierungen von Straßen in der Planung. Hier sind z. B. die Bebauungspläne Ro09, Ro25 in Roisdorf sowie der Bebauungsplan Me17 in Merten zu nennen. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung bei 174 anwesenden Landtagsabgeordneten mit 83 Ja, 91 Nein und ohne Enthaltungen **abgelehnt**.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung der Bornheimer FDP, in der es heißt:

**Zitat:** *„Wenn in Nordrhein-Westfalen (NRW) eine Straße saniert wird, müssen sich Grundstückseigentümer in der Regel finanziell beteiligen. Dies kann schnell mehrere tausend Euro kosten. In ganz NRW wie in Bornheim gab es schon lange die Forderung, diese Straßenausbaubeiträge von Anwohnern abzuschaffen. Die FDP hat diese Forderung auf ihrem Landesparteitag Ende Januar in ihr Wahlprogramm aufgenommen.“ (\*) Zitat Ende*

Diese Forderung ist wohl von der FDP bei der Abstimmung im Land-

tag vergessen worden. Hier hatte die Koalitionsdisziplin der FDP offensichtlich Vorrang vor anderweitigen Versprechungen in den Wahlkreisen. Eine Mehrheit für die komplette Abschaffung der Anliegerbeiträge wurde vor der Landtagswahl NICHT realisiert, obwohl nach Aussagen und Wahlprogrammen alle Parteien die Anliegerbeiträge an Straßenbaukosten abschaffen wollten.

Sobald das Protokoll der NRW-Landtagssitzung vorliegt werden wir erfahren welche Abgeordneten bei der namentlichen Abstimmung wie abgestimmt haben.

Die Einen haben die Mehrheit im Landtag, könnten die Anliegerbeiträge also sofort abschaffen. Machen sie aber nicht, sie wollen zuerst wiedergewählt werden. Die Anderen nutzen die Chance vor der Landtagswahl zur plakativen Selbstdarstellung. Eine überparteiliche Initiative zur Abschaffung hätten nicht nur wir als Aktive Bürger Bornheim (ABB) für dringend notwendig erachtet. Im Endergebnis war das für uns Bürger und vor allem für die Anlieger von Straßenausbauten nur Wahlkampfgeplänkel! Was soll man dazu sagen, man fühlt sich als Wähler im wahrsten Sinne des

Wortes veräppelt und enttäuscht. Die Bürger erwarten von den Landtagsfraktionen in NRW konkrete Lösungen und keine Versprechungen auf eine Verbesserung irgendwann. In fast allen Bundesländern sind Anliegerbeiträge an Straßenbaukosten längst abgeschafft. Wieso hinkt NRW seit Jahren dieser Entwicklung hinterher? Vielleicht sollte man den Parteien CDU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen bei der Mitte Mai 2022 anstehenden Landtagswahl in NRW die passende Antwort geben. Wir werden auf unserer Internetseite zum Thema Anliegerbeiträge aktuell berichten. Die im Text angegebenen Verlinkungen (\*) sind im Internetartikel der ABB zum Thema aufrufbar. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns als Wählerinnen und Wähler einen Kommentar zum Thema schreiben. Bitte benutzen Sie dazu die Kommentarfunktion am Ende des Internetartikels. (\*)

(\*) <https://www.aktivebuergerbornheim.de/>  
Kontakt zur ABB und zur ABB-Fraktion:

E-Mail: bornheimer123@yahoo.de  
Mobil: 0151-72211101

Paul Breuer